

Gedenkrede Dr. Nicola Wenge, Volkstrauertag 15.11.2020, KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Den Nazis“ eine schallende Ohrfeige versetzen“. Unter diesem Titel steht die diesjährige Gedenkstunde in der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg. Sie findet nun nicht in traditioneller Form und auch nicht mit dem gleichnamigen Konzert im Stadthaus statt. Aber mit Rede- und Musikbeiträgen, die dem Widerstand und den Opfern der Nazi-Herrschaft gewidmet sind.

Wir erweisen heute jenen Menschen unseren Respekt, die sich gegen die Nationalsozialisten stellten und für ihre Überzeugungen im KZ Oberer Kuhberg und an anderen Unrechtsorten einen hohen Preis zahlen mussten. Wir erinnern an die verfolgten Menschen und die mit ihnen verbundenen Geschichten. Und eine wirklich berührende Geschichte verbirgt sich hinter dem Zitat: „Den Nazis eine schallende Ohrfeige versetzen“.

Es stammt von dem Pazifisten Konrad Reisner, der u. a. mit Unterstützung von Willy Brandt und Albert Einstein eine zunächst ausweglos erscheinende Kampagne initiierte: Reisner setzte alles daran, für Carl von Ossietzky die Verleihung des Friedensnobelpreises zu erwirken. Umso den inhaftierten Journalisten und Herausgeber der Zeitschrift „Die Weltbühne“ aus dem KZ Esterwegen zu befreien. Ossietzky litt als einer der prominentesten politischen Häftlinge unter schweren Misshandlungen. Zutiefst beunruhigt über seinen Gesundheitszustand organisierten Reisner und seine Mitstreiter im Pariser Exil die Unterstützungskampagne. Sie gehörten fast alle der Deutschen Liga für Menschenrechte an. Die Gruppe arbeitete anonym und konspirativ. Sie lenkte die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf den „Fall Ossietzky“. Durch die so erzielte Prominenz sollte zuerst Schutz vor weiteren Misshandlungen, dann die Befreiung aus der KZ-Haft erreicht werden.

Reisner selbst drückte das im Rückblick so aus: „Wir haben erstens versucht, das Leben eines mutigen und außergewöhnlichen Menschen zu retten... Zweitens war es eine einmalige Chance, den verhassten, verfluchten Verbrechern, die unser Land in Besitz genommen hatten, eine schallende Ohrfeige zu versetzen.“ Und tatsächlich: Ossietzky wurde 1936 schwer erkrankt aus dem KZ entlassen und er erhielt den Friedensnobelpreis rückwirkend für das Jahr 1935. Das war ein starkes politisches Signal, gegen das die NS-Regierung großen Druck ausgeübt hatten. Doch nach Oslo ausreisen durfte Carl von Ossietzky nicht. Er starb

am 4. Mai 1938 im Berliner Krankenhaus Nordend, noch immer unter Polizeiaufsicht, an den Folgen der schweren Misshandlung und einer Tuberkuloseerkrankung.

Von Ossietzky war am 29. Februar 1933, unmittelbar nach der Reichstagsbrandverordnung, die die Verfolgung der politischen Gegner pseudojuristisch legitimierte, in Haft genommen worden. Lassen sie uns genauer auf die Geschehnisse im Jahr 1933 schauen, als hier das KZ Oberer Kuhberg als eines der zentralen Terrorinstrumente des Landes Württemberg errichtet wurde.

Das KZ Oberer Kuhberg

Mitte November 1933 – in diesen Tagen vor 87 Jahren – wurden die ersten Häftlinge hierher, zum Fort Oberer Kuhberg gezwungen. Sie mussten das leerstehende Gemäuer „nutzbar“ machen. Nutzbar als Zwangs-, Wohn- und Lebensort von Menschen, die das Etikett bekommen hatten, so genannte „Schutzhäftlinge“, konkret „Staatsfeinde“ zu sein. Das Fort wurde Landes-Konzentrationslager. Die nationalsozialistischen Machthaber nannten es verharmlosend „Württembergisches Schutzhaftlager Ulm/Donau“. Die politische Polizei, die dem Stuttgarter Innenministerium unterstand, errichtete hier einen rechtsfreien Raum, in dem vermeintliche oder wirkliche Gegner des Regimes verhört, gedemütigt und gequält wurden. Insgesamt gab es im Deutschen Reich zu dieser Zeit etwa 80 frühe Konzentrationslager, um die Herrschaft des Regimes zu sichern und den politischen Widerstand zu brechen. Gleichzeitig sollte die Bevölkerung eingeschüchtert und abgeschreckt werden. Das Lager hier in Ulm bestand 18 Monate: von November 1933 bis Juli 1935. Für die etwa 600 Männer, die hier eingesperrt waren, war es ein Ort des Schreckens. Denn wer hierher kam, wusste nicht, wie lange er bleiben und was mit ihm geschehen würde. War Verhören und Folter ohne Rechtsbeistand ausgesetzt, litt unter den unerträglichen Haftbedingungen in den kalten und feuchten Kasematten. Lagerkommandant Karl Buck und seine Wachmannschaften (zusammengesetzt aus SA, SS und Schutzpolizei) zielten auf die Zerstörung von Würde und Stärke, körperlicher und geistiger Unversehrtheit der Gefangenen ab.

Die Lebens- und Widerstandsgeschichte des Kuhberghäftlings Richard Binder

Einer von ihnen war der Mechaniker Richard Binder, dessen Lebens- und Widerstandsgeschichte ich Ihnen heute vorstellen möchte. Sie wurde von der Studentin Marie Mühleisen im Rahmen eines Seminars für die Uni Tübingen recherchiert.

Richard Binder wurde 1894 in Stuttgart geboren. Er war schon als junger Mann in verschiedenen Arbeiterorganisationen aktiv, Anfang 1933 als politischer Leiter der Bezirksleitung Württemberg der Internationalen Arbeiterhilfe (kurz IAH), einer KPD-nahen Organisation. Nach der Machtübernahme, dem Verbot der IAH und den Massenverhaftungen von Kommunisten im März 1933 ging Binder in den Widerstand. Er führte die IAH in Stuttgart illegal weiter, sammelte Geld für die im KZ inhaftierten Männer und ihre Familien, organisierte Quartiere für Untergetauchte und kämpfte gegen das Regime auch mit selbst verfassten und vervielfältigten Flugblättern und Zeitungen. Im April 1933 wurde das illegale Büro der Organisation entdeckt, durchsucht und der dort befindliche Pass Binders beschlagnahmt. Es gelang ihm zwar unterzutauchen. Er wurde jedoch nach einer Denunziation im November 1933 verhaftet und über das KZ Heuberg im Dezember hierher, in das Nachfolgelager auf den Oberen Kuhberg verschleppt. Zu Ostern des Jahres 1934 wurde Richard Binder aus der Haft entlassen.

Nach seiner Freilassung versuchte Richard Binder immer wieder Fuß im Arbeitsleben zu fassen und betätigte sich nicht mehr politisch. Seine Widerstandsgruppe war zerschlagen und Binder wurde - wie seine Mitstreiter - von der Gestapo laufend scharf überwacht. Er berichtete hierzu im Rückblick: „Viele unserer Funktionäre wurden von der ersten Verhaftungswelle erfasst. Andere waren nicht mehr auffindbar oder nicht mehr willens, nach dem Verbot weiter zu arbeiten. Durch die fortschreitende Konsolidierung der Naziherrschaft war die Tätigkeit ständig zurückgegangen. Auch in der Folge setzte sich diese Tendenz, verstärkt durch neue Verhaftungen fort, sodass von einer nennenswerten organisatorischen Tätigkeit nicht mehr gesprochen werden konnte.“

Zwei Mal verlor Binder 1938 „aus Gründen der Staatssicherheit“ seine Stellung. Gebrochen war sein Widerstandswille damit aber nicht. Zwei Jahre nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion organisierte und leitete Binder 1943 erneut eine kleine Stuttgarter Widerstandsgruppe, mit dem Ziel, die Opposition gegen Hitler zu stärken. Seine Gruppe hielt u. a. Kontakte zu Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern und unterstützte sie mit Lebensmitteln. Dieser Widerstandskreis wurde im August 1944 durch einen Spitzel der Gestapo aufgedeckt. Binder floh in die Schweiz, kehrte im Mai 1945 nach der Befreiung nach Stuttgart zurück und arbeitete beim Gewerkschaftsbund. Er forderte Wiedergutmachung, erhielt allerdings nur eine bescheidene Entschädigung. Richard Binder starb am 13. Oktober 1970 in Stuttgart.

Verfolgung und Widerstand der württembergischen Arbeiterbewegung

Die Geschichte Richard Binders steht exemplarisch für die Verfolgung und den Widerstand der württembergischen Arbeiterbewegung: Bereits vor 1933 hatten sich Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitglieder gegen den Nationalsozialismus zur Wehr gesetzt. Sie waren es auch, die in der ersten Phase des unmittelbar einbrechenden Terrors die meisten Opfer brachten. Bis Sommer 1935 waren allein in den frühen KZ Heuberg und Oberer Kuhberg rund 4.000 Männer aus der württembergischen Arbeiterbewegung staatlicher Willkürherrschaft und enthemmter Gewalt ausgesetzt. Doch obwohl im Frühjahr/Sommer 1933 viele Aktive wie Richard Binder inhaftiert, ihre Presse zerschlagen und ihre Organisationen verboten worden waren, gelang es doch, den Widerstand zu reorganisieren. Auch in Württemberg und Ulm bildeten sich teilweise umfangreiche Widerstandsgruppen. Zum Kampf gegen das Regime gehörten der Aufbau illegaler Strukturen, das Knüpfen neuer Kontakte, die Herstellung und der Transport selbst verfasster Flugblätter und aus dem Ausland eingeschmuggelter Schriften. Auch die Hilfe für Verfolgte und ihre Familien, mit Geld und Verstecken für die, die auf der Flucht waren. Manche gingen in den Untergrund, andere versuchten, ihre Aktionen im Schutz eines „normalen“ Lebens zu führen. Das NS-Regime verfolgte dies als „Hochverrat“ mit harten Strafen, noch mehr Überwachung und Repression.

Die Widerstandsgruppen aus der Arbeiterbewegung waren dem Terror, der über sie hereinbrach, nicht gewachsen. Viele kapitulierten. Manche versuchten einen gewissen Zusammenhalt untereinander zu bewahren. Doch lief man selbst damit Gefahr, sich zum „Feind der Volksgemeinschaft“ zu machen. Wer als Aktivist oder Sympathisant der Linken nicht in Gefängnis oder KZ saß, stand abseits, und war jederzeit vom Verlust des Arbeitsplatzes, sozialer Isolation, Denunziation, Inhaftierung und Tod bedroht. So auch der Ulmer Kommunist Josef Schuhbauer, der 1938 wegen „Gefährdung von Volks- und Staatssicherheit“ wieder in „Schutzhaft“ genommen, über das Polizeigefängnis Welzheim nach Buchenwald verschleppt und erst im April 1945, körperlich schwer gezeichnet, befreit wurde.

Die Entwicklung ab Mitte der 1930er Jahre

Nach der weitgehenden Zerschlagung des organisierten Widerstands der Arbeiterparteien und mit der Etablierung der NS- Herrschaft hatten die frühen Lager ihre Funktion erfüllt, sie wurden aufgelöst. Die letzten Häftlinge des KZ Oberer Kuhberg wurden im Juli 1935 nach Dachau überstellt, das KZ-System nach Dachauer Vorbild neu organisiert. Mitte der 1930er Jahre wurde die staatliche Repression aber nicht etwa geschwächt, wie man vielleicht meinen könnte, sondern weiter verschärft. Seit 1936 verfolgten die Sondergerichte zunehmend regimiekritische Äußerungen. Seit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939 galt ein radikalisiertes Kriegsrecht. Geheime Staatspolizei und Justiz griffen noch entschiedener als zuvor in das Alltagsleben ein, um oppositionelle und kriegskritische Regungen im Keim zu ersticken. Drastische Strafen wie KZ-Haft und /oder Zuchthaus bis hin zu Todesstrafen wurden selbst für geringfügigere Vergehen wie das Hören von feindlichen Rundfunksendern verhängt, um die Bevölkerung einzuschüchtern. Einzelne nutzten dennoch ihre Handlungsspielräume: Zu ihnen gehörten mutige Christen und Zeugen Jehovas, Helfer von Verfolgten und politisch Motivierte aus den verschiedensten Lagern: Konservative, Liberale, Bürgerliche, Monarchisten, Sozialdemokraten und Kommunisten. Zu erwähnen sind auch der studentische und militärisch organisierte Widerstand, überhaupt der Widerstand in der Endphase des Krieges, vielfach von Zwangsarbeitern und Deserteuren getragen. Dieses breite Spektrum des Widerstands reichte von der individuellen Verweigerung und stillen Opposition bis hin zum politisch organisierten Widerstand, vom religiös motivierten Nein über die humanitäre Hilfe für die Verfolgten bis zum bewaffneten Kampf. Menschen handelten aus politischer oder weltanschaulicher Überzeugung, aus Entsetzen und Scham über die Verbrechen, die von Staats wegen begangen wurden, oder aus Anstand und Mitgefühl mit den Opfern. Manche überlegt und geplant, andere spontan und situativ.

Trotz dieses breiten Spektrums war Widerstand die Sache weniger Einzelner und weitgehend isolierter Gruppen. Für die Mehrheit der „Volksgenossen“ schlichtweg nicht akzeptabel. Wer Widerstand leistete, machte sich aus dieser Perspektive zum Feind der „Volksgemeinschaft“. Deshalb konnte das Regime auch bei der Verfolgung der Volks-/Staatsfeinde auf breite Zustimmung der Bevölkerung zählen. Das macht den Mut der Einzelnen umso bemerkenswerter, weil sie mit ihrem Scheitern rechnen mussten oder sogar davon ausgingen.

Was bleibt?

Heute, fast 90 Jahre nach den Geschehnissen stellt sich die Frage: Was bleibt?

Es bleibt in diesem Gebäude und seiner Geschichte ein unvergängliches Geschichtszeugnis dafür, wie die Nationalsozialisten die erste deutsche Demokratie zerstörten und jene mundtot machten, die sich ihnen entgegenstellten. Die Gedenkstätte ist ein besonderes, ja ein einzigartiges Zeugnis von Verfolgung und Widerstand für Süddeutschland.

Gerade hier und in den heutigen Zeiten lässt sich zeigen: Der Nationalsozialismus fiel nicht vom Himmel. Seine Ursachen lagen in der Verachtung von Demokratie und Menschenrechten, in Antisemitismus und Rassismus, in mutwilligen Angriffen auf die Wahrheit und politisch Andersdenkende, in autoritärem Denken und nationalistischem Größenwahn. All diese Entwicklungen erstarken wieder. In Deutschland, Europa und der Welt. Es liegt an uns aktiv dagegen einzustehen, damit sich die Geschichte nicht wiederholt.

Und es bleibt die Erinnerung an jene Menschen, die hier und anderswo in den Schreckensjahren des Nationalsozialismus beschämt und ihrer Würde beraubt wurden. Gerade in Zeiten, in denen „Du Opfer“ ein Schimpfwort ist und in denen es kaum noch Überlebende gibt, die Einspruch erheben können gegen die Verharmlosungen und Leugnungen der NS-Verbrechen, ist es eine zentrale Aufgabe, das Vermächtnis dieser Menschen weiterzutragen. Die Beschäftigung mit ihnen ist auch eine Brücke zur Selbstreflexion: Welche Schlüsse ziehe ich aus der Geschichte? Wie steht es um den eigenen Standpunkt, die eigene Verantwortung, das eigene Handeln in meiner Zeit? Die Erinnerung birgt aber auch Fallstricke: wenn etwa die Verfolgten auf ihr Leiden und ihre Ohnmacht in der NS-Zeit reduziert oder sie zu Projektionsflächen gemacht werden, auf die man die eigenen Vorstellungen und Wünsche überträgt. Oder wenn der Widerstand idealisiert und politisch vereinnahmt wird. Was dagegen hilft: Die historischen Akteure in ihrem Denken und Handeln, in ihrem Hoffen und Scheitern, auch in ihren Widersprüchlichkeiten und Fehlern in den Blick zu nehmen. Sie zwar als Substanz *unserer* Geschichte zu begreifen, aber als Handelnde *ihrer* Zeit. Und sich entschieden gegen jede Vereinnahmung zu stellen.

Und damit bin ich am Ende meiner Rede angekommen und bitte Sie um einen kurzen symbolischen Moment des Gedenkens.

Vielen Dank!